

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die "Volkstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. Herausgeber: Ernst Wilmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inhalt: Willi Kumbach. Preis und Verlag von B. Wannicke & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 2. — Fernsprechnummer 1561. für Inserate 1561, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 661. — Zeitungspreise siehe Seite 416.

Bezugspreis: vierteljährlich einschl. Zustellung 3.75 M., monatlich 1.25 M. Beim Abholen vom Verlag und den ausgebesserten vierteljährlich 3.45 M., monatlich 1.15 M. Bei den Postanstalten viertelj. 3.75 M., monatl. 1.25 M. ohne Bestellgeb. Einzelne Nummern 10 M. — Anzeigen gebührt: die gezeichnete Kolonzeile 25 M., Anzeigen von auswärts 25 M., im Inserate 25 M. Seite 1.05 M. Anzeigen-Mindestpreis 10 M. Wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postgeschäftsstelle: Nr. 525 Berlin.

Nr. 36.

Magdeburg, Dienstag den 12. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Friede mit Rußland.

Dem Anfang ist schnell die Fortsetzung gefolgt. Dem Frieden mit der Ukraine hat sich der Friede mit Russland angeschlossen. Viel schneller, als jeder von uns angenommen hat und nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen annehmen durfte. Die Führer der Bolschewiki haben — zu welchen Zwecken immer — die Verhandlungen in die Länge zu ziehen versucht. Die Tat des ersten Friedensschlusses hat die Fortsetzung dieser Taktik unmöglich gemacht. Sie mussten schließen, wollten sie nicht Gefahr laufen, die Macht aus den Händen zu verlieren.

Der Teilstücke mit der Ukraine durchbrach an einer verhältnismäßig kleinen Stelle den Damm des Krieges. Der Druck der Friedensschnaps und die Friedensmöglichkeit ist so stark, daß die Bruchstelle im Laufe zweier Tage über die ganze östliche Front bis hinauf zum Baltischen Meere verbreitert wurde.

Die russische Regierung der Bolschewiki erklärt den Kriegszustand für beendet. Die Meldung erreicht uns in der folgenden Fassung aus Brest-Litowsk vom 10. Februar:

Die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission für die Behandlung der politischen und territorialen Fragen steht geklärt und heute Sizarev ab.

In der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende der russischen Delegation mit, daß Russland unter Berücksichtigung eines formellen Friedensvertrags den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien für beendet erklärt und gleichzeitig Befehl zur vollen Mobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Fronten erteilt.

Für die aus dieser Lage sich ergebenden weiteren Besprechungen zwischen den Mächten des Bierbundes und Russland über die Gestaltung der wechselseitigen diplomatischen Beziehungen vertrat Herr Trotski auf den Weg unmittelbaren Vertrags zwischen den beteiligten Regierungen und auf die bereits in Petersburg verhandelten Kommissionen des Bierbundes.

Der scharfe Unterschied zwischen dem Friedensschluß mit der Ukraine und der Beendigung des Kriegszustandes mit Russland leuchtet hell in die Augen. Der erste wurde verkündet, nachdem der Friedensvertrag formuliert, angenommen und unterzeichnet war. Der Friede mit Russland wird hergestellt durch eine seitige Erklärung. Trotski gibt in der Kommissionssitzung bekannt: wir Russen kämpfen nicht mehr, wir stellen den Kriegszustand ein und demobilisierten sofort unsere Truppen. Auf die formelle Unterzeichnung eines Friedensvertrags, sei es auch nur eines einseitigen Friedensprotokolls legen wir keinen Wert. Was an Verhandlungen und Abschlüssen nach Abbruch des Krieges nötig ist, mögen die einzelnen Regierungen des Bierbundes mit der russischen Regierung erledigen. Der Krieg ist auf allen Fronten

für uns Russen beendet.

Wenn der Bierbund ihn fortsetzen will, wir hindern ihn nicht.

Diese Form ist ungewöhnlich. Wie manches andre, das sich in Brest-Litowsk ereignet hat. Die Führer der Bolschewiki haben sich nicht an die diplomatische Tradition gebunden; sie haben sie vielmehr bewußt als überlebt und gefährlich beiseite geschoben. Es ist möglich, daß für den außerordentlichen Vorgang des 10. Februar das ostentative Bestreben maßgebend war, die Bahnen der kapitalistischen Geheimdiplomatie zu vermeiden. Es ist aber auch möglich, daß durch den Friedensschluß mit der Ukraine die Bolschewiki in die Zwangslage gebracht worden sind, ungestört handeln zu müssen, wenn sie nicht ihren Halt im Volke verloren wollten. Am Sonnabend zog die Runde von dem Teilstück auf Windesflügeln durch die russischen Lande. Die erste Freiheit der Aushorchen war überall: und wie? Und nun der Frieden? Die Frage mußte beantwortet werden. Schlag auf Schlag, Runde auf Runde, Meldung auf Meldung. Trotski ließ sich daher nicht mehr die Zeit, den Friedensvertrag zusammen mit den Vertretern des Bierbundes zu entwerfen, zu beraten, die Entwürfe zu verabsiedeln, zu verbessern, zu fixieren. Mit diesen Arbeiten brachten Tage, brachte eine volle Woche vergehen. So viel Zeit hatten die Bolschewiki nicht mehr nach dem ukrainischen Rücktritt oder sie ließen Geschehen, daß die Friedensdarlegungen Soldaten, auf die sich ihre Macht stützt, von ihnen abschieben. Endlich entschloß sich Trotski im Einvernehmen mit der Petersburger Regierung, auf die herkömmliche Form, auf die Festsetzung des Zuhaltts zu verzichten. Jetzt kann der

ukrainischen Runde die russische folgen: der Krieg hat aufgehört, der Friede ist da. Auch für Großrussland. Freut euch, ihr Soldaten, und bleibt unserer Sache treu, die euch die Erlösung gebracht hat!

Es gibt noch eine dritte Möglichkeit. Wir wollen sie nicht erörtern, da wir überzeugt sind, daß von deutscher Seite nicht geschieht, was Trotsky eventueller Annahme eine Stütze bieten könnte. Vorläufig wollen auch wir uns freuen, daß der Waffengang im Osten beendet ist, daß dem kleinen ukrainischen der große russische Friede gefolgt ist. Nicht allein des Friedens an sich wegen, sondern auch des Inhalts wegen, den der Friedensvertrag der nächsten Zukunft haben wird. Dafür liefert der ukrainische ein Muster. Der Friede mit Russland kann nicht anders gestaltet werden, wie der Friede mit der Ukraine gestaltet worden ist. Seine Bestimmungen werden heute veröffentlicht. Sie werden im folgenden Artikel in ihren hauptsächlichsten Artikeln wiedergegeben. Aus den Absätzen ist ersichtlich, daß der Bierbund mit der Ukraine einen

demokratischen Frieden geschlossen hat.

der keine Vergewaltigungen, keine offenen oder verschleierte Angriffe kennt, der keine Kriegserklärungen verlangt und der sich aufbaut auf dem gegenseitig garantieren. Selbstbestimmungsréchte der betroffenen Völker. Die Prinzipien, die die russische Revolution aufge stellt und die vor ihr von der deutschen Sozialdemokratie verfochten worden, sind in dem Vertrag mit der Ukraine streng gewahrt worden. Eine Tat im Osten bindet die andre. Der Friede mit Großrussland kann nicht in einem andern Geiste geschlossen werden wie der Vertrag mit der Ukraine.

Das ist bedeutungsvoll für die Ordnung der früchtigen polnischen und litauischen Fragen. Die Ukraine allein hat 30 Millionen Einwohner. Polen, Litauen und Kurland sind von 18 Millionen Menschen bewohnt. Diese vier Länder haben also zusammen 48 Millionen Einwohner. Das sind um 3 Millionen mehr als Großbritannien und Irland, um 9 Millionen mehr als Frankreich, um 14 Millionen mehr als Italien! Trennen sich diese Länder aus freiem Willen von Russland, so ist das eine Sache, die nur sie und Russland angeht; gesäßtäbe aber die Trennung unter dem Eindruck und dank dem Eingreifen des Bierbundes, dann würde das große russische Volk Deutschland beschuldigen, daß es Russland seine reichsten Provinzen, die ungefähr die Hälfte aller Einwohner des europäischen Russlands beherbergen, entrissen hätte! Die Folge wäre, daß

ein furchtbarer Haß gegen uns

im russischen Volk aufzubrennen würde. Das mag im Augenblick ungefährlich sein, aber es würde sich in Zukunft bitter rächen. Ob sich die Herrschaft der Bolschewiki lange behaupten wird, wissen wir nicht. Werden sie gestürzt, so kann ihnen ein nationalistischer Bonapartismus folgen, ähnlich wie er der Englischen Revolution von 1649 und der Französischen Revolution von 1789 und 1848 gefolgt ist. Ein solcher Bonapartismus würde sich dann unzweifelhaft die Wiedereroberung der verlorenen Gebiete, den Nachkrieg gegen Deutschland zum Ziel setzen. Wollen wir nicht künftige Kriege vorbereiten, so müssen wir jeden Schein vermeiden, als ob wir die Loslösung der Ukraine wie der übrigen Gebiete von Russland betrieben.

Dieser Schein ist in dem Vertrag mit der Ukraine sorgfältig vermieden worden. Ja man darf sagen, daß erstaunlicherweise sogar das Gegenteil festgesetzt ist. Im vierten Abschnitt des siebten Artikels ist angedeutlich bestimmt worden, daß die Kontrahenten auf alle handelspolitischen Vereinbarungen verzichten, die sie den ihr angrenzenden Staaten etwa gewähren werden. Hier taucht einerseits der mittelostasiatische Zollbund aus der Tiefe empor, andererseits behält sich die Ukraine das Recht vor, sich der etwa kommenden russischen Föderativrepublik anzuschließen, und der Bierbund gibt dazu vor vorherhin seine Zustimmung. Er vermeidet sorgfältig, die Souveränität der nun existierenden Ukraine für die Zukunft irgendeine zu beschränken. Das Volk erhält sein volles Selbstbestimmungsrecht.

Es geht nicht an, die Polen, Litauer und Kurländer schlechter zu stellen als die Ukrainer. Wie der Anfang gehalten ist, muß die Fortsetzung folgen und der Abschluß aus-

sehen. Differenzierungen und Abstufungen sind undenkbar oder sie rächen sich sofort, falls sie versucht werden sollten.

Nun der Krieg neben der Ukraine auch für Großrussland beendet ist

muß Rumänien nachfolgen.

Durch den Friedensschluß mit der Ukraine war es ja bereits isoliert; durch die Wendung im Norden wird es völlig einsam. Die erste Bedingung zum Einschwenken ist auch schon geschaffen worden. Das Ministerium in Bratislava, das im August 1916 den Maubekrieg entfesselt hat, ist zu rückgetreten. Nicht weil es wollte, sondern weil es mußte. Der Weg zu aussichtsvollen Verhandlungen ist geöffnet. Es ist kein Zweifel, daß sie von rumänischer Seite alsbald beschritten werden.

Tatsächlich ist mit heute schon der gesamte Osten kriegsfrei. Der eiserne Ring, der um Deutschland und seine Verbündeten von den Gegnern geschmiedet worden, ist gesprengt; die Blockade zerrißt, die Isolierung angehoben. Schon der Friede mit der Ukraine wirkte im Lager der

Entente wie ein Ruf des Schreckens.

Das lassen die kurzen telegraphischen Ansätze aus den Stimmen der Presse erkennen. Um die Stimmung einzermachen aufzurichten, verweisen die Zeitungen auf den wahrscheinlichen Bruch mit den Bolschewiki. Sie suchen nachzuweisen, daß gerade durch den Friedensschluß mit der österreichischen Ukraine der Abbruch der weiteren Verhandlungen in Brest-Litowsk gewährleistet werde.

Nun stürzt dieses Kartenthaus der Hoffnung zusammen. Nun trägt in diesen Stunden der Telegraph durch die Länder der Entente die Kunde, daß der Krieg im Osten beendet ist. Aus der Befürchtung ist die Gewißheit, aus der Möglichkeit die Tat geworden. Gegen sie gibt es keine Verschönigungen und Ausreden mehr. Sie wirkt durch das eigene Gewicht.

Die erste Tat eines Friedensschlusses hat im Osten alsbald die zweite folgen lassen. Die Wirkung der zweiten wird nach dem Westen überspringen und den Beschluss des Versailler Kriegsrats, den Krieg mit allen erblichen Kräften fortzuführen, bedenklich beeinflussen. Zum mindesten seine Ausführung.

Der Friedensvertrag.

Der in früher Morgenstunde des 9. Februar unterzeichnete Friedensvertrag mit der Ukraine wird heute im Wortlaut veröffentlicht. Wir geben aus ihm die für die Allgemeinheit wichtigsten Phasen wieder:

Artikel 1 enthält die Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Mittelmächten und der ukrainischen Volksrepublik.

Artikel 2 enthält die Festlegung der zukünftigen Grenzen der Ukraine

soweit eine solche Festsetzung zuzeit möglich ist. Zwischen Österreich-Ungarn einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits werden, insoweit diese beiden Mächte aneinander grenzen werden, jene Grenzen bestehen, welche vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Russland bestanden haben.

Weiter nördlich wird die Grenze der ukrainischen Volksrepublik von Tarnograd angefangen im allgemeinen in der Linie Bilgoraj-Szezebrzyn-Krasnowost-Pugeszow-Kadyn-Meishirische-Sarno-Belitz-Wysko-Litowsk-Premischlan-Brydowowje verlaufen. Im einzelnen wird diese Grenze, nach den ethnographischen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung durch eine gemeinsame Kommission festgesetzt werden.

Die Räumung der besetzten Gebiete wird nach Artikel 3 unverzüglich nach der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrags beginnen. Die Art der Durchführung der Räumung und die Übergabe der geräumten Gebiete werden durch Bedienerliche der interessierten Teile bestimmt werden.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertraglich festgelegten Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrags aufgenommen werden.

Bericht auf Kriegskosten.

Die vertraglich festgelegten Teile verzichten gegenseitig auf den Erfolg ihrer Kriegskosten, das heißt der staatlichen Auswendungen für die Kriegsführung sowie auf den Erfolg der Kriegshelden, das heißt denjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindeland vorgenommenen Revolutionsmaßnahmen entstanden sind.

Die heberseitigen Kriegsgefangenen werden nach Artikel 6 in ihre Heimat entlassen, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaates in seinen Gebieten zu bleiben oder sich in ein andres Land zu begeben wünschen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen.

Neben die wirtschaftlichen Beziehungen wird folgendes verabschiedet:

Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich gegenseitig, unverzüglich die wirtschaftlichen Beziehungen anzutunen und den Warenaustausch auf Grund folgender Bestimmungen zu organisieren: Bis zum 31. Juli des laufenden Jahres ist der gegenseitige Austausch der Nebenprodukte der wichtigsten landwirtschaftlichen und industriellen Produkte zur Bedeutung der laufenden Verhandlungen durchzuführen.

Die Menschen und die Art der Produkte, deren Aus tausch im vorhergehenden Absatz vorgesehen ist, werden ebenso wie die Preise auf jeder Seite durch eine Kommission festgestellt, die aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern beider Seiten besteht und sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrags zusammentritt.

Die Vereinbarung erfolgt in Gold auf folgender Basis: 1000 deutsche Reichsmark in Gold der ukrainischen Volksrepublik = 462 Rubel Gold des früheren österreichischen Kaiserreichs (1 Rubel $\frac{1}{2}$ Imperio). Der Austausch der Waren, die durch die Kommission festgestellt werden, erfolgt durch die staatlichen Zentralstellen oder durch vom Staate kontrollierte Zentralstellen. Der Austausch anderer Produkte erfolgt im Wege des freien Verkehrs unter den Bedingungen des provisorischen Handelsvertrags.

Borsöniger Handelsvertrag.

Den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragsschließenden Teilen sollen provisorisch bis zum Abschluss eines endgültigen Handelsvertrags, jedenfalls aber bis zum Ablauf von mindestens 6 Monaten nach Abschluss des Friedens zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und den zurück mit ihnen im Kriege befindlichen europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan anderseits Schätzungen zugrunde gelegt werden, die im einzelnen ausgeführt werden. Es werden hierbei zu allgemeinen die alten Handelsverträge anerkannt, die vor dem Kriege zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und dem russischen Kaiserreich gültig waren. Das werden verschiedene Modifizierungen mit Rücksicht auf den europäischen Kriegszustand getroffen.

für beide Teile wird ausgeschlossen, daß sie das Recht der Meistbegünstigung im Sollwesen beanspruchen, soweit ein Sollobundnis der einzelnen Staaten mit ihren bisherigen Bundesgenossen schon bestand oder noch geschaffen wird.

Der Friedensvertrag, der in deutscher, ungarischer, türkischer und ukrainischer Sprache ausgestaltet ist, soll in Kraft treten, sobald die Ratifikationsurkunden in Wien ausgetauscht worden sind.

Gleichzeitig mit dem Friedensvertrag ist ein

deutsch-ukrainischer Zusatzvertrag

unterzeichnet worden. Er enthält Bestimmungen über folgende Gegenstände: Wiederherstellung der konsularischen Beziehungen, Wiederherstellung der Staatsverträge, Wiederherstellung der Privatrechte, Erlass für Zivilschäden, die durch Kriegsgefege oder väterrechtswidrige Aktion angerichtet worden sind, Austausch der Kriegsgefangenen und Zwischenländer, Pflege der Grabstätten der in Feindeland Gefallenen, Fürsorge für Rückwanderer, Amnestie, Behandlung der in die Gewalt des Gegners gefallenen Kaufmänner.

Die Unterzeichnung der Verträge.

Bei Eintritt der letzten Verhandlungspause konnte, wie ein amtlicher Bericht sagt, Freitag bekanntgegeben werden, daß die Grundlage für den Abschluß eines Friedens zwischen dem Bündnis und der ukrainischen Volksrepublik gefunden seien. Seit Rückkehr der Delegation nach Brest-Litowsk war auf diesen Grundlagen weiter verhandelt worden. Dank energischer, unermüdlicher Arbeit aller Kommissionen und dank dem Geiste der Versöhnlichkeit ist es gelungen, eine neue Zeit der Wiedergeburt herbeizuführen. In der festen Überzeugung, daß wir diesen Frieden abschließen im Interesse unserer breiten demokratischen Massen, und daß dieser Friede beitreten wird zur allgemeinen Beseitigung des großen Krieges, stellen wir hier gern fest, daß die lange und zähe Arbeit, die hier in Brest-Litowsk geleistet wurde, von Erfolg gekrönt ist und wir einen demokratischen und friedlichen Frieden erzielt haben.

Staatssekretär von Kühlmann eröffnete als Vorsitzender die Sitzung kurz vor 2 Uhr nachts mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Niemand von Ihnen wird sich der historischen Bedeutung dieser Stunde versöhnen können, in der die Vertreter der vier verbündeten Mächte mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik in diesem Saale zusammengekommen sind, um den ersten Frieden zu unterzeichnen, der in diesem Weltkrieg zustande kommt. Dass dieser Friede unterzeichnet wird mit dem jungen Staatswesen, das aus den Stücken des großen Krieges hervorgegangen ist, gereicht den Vertretern der verbündeten Delegationen zur besonderen Genugtuung. Möge der Friede der erste von einer Reihe segensreicher Friedensschlüsse sein, jeglicherart sowohl für die verbündeten Mächte als auch für die ukrainische Volksrepublik, für deren Zukunft wir alle die besten Wünsche hegen.

Der Vorsitzende der ukrainischen Delegation, Herr Szwarcuk, entgegnete:

Mit Freuden stellen wir fest, daß vom heutigen Tag an der Friede beginnt zwischen dem Bündnis und der Ukraine. Allerdings waren wir bereit in der Hoffnung, zu einem allgemeinen Frieden zu kommen zu können und ein Ende zu machen dem brudermordenden Krieg. Die politische Lage ist aber so, daß nicht alle Mächte sich hier zusammengefunden haben, um einen allgemeinen Frieden zu unterzeichnen. Besonders von der glücklichen Liebe zu unserem Volk und in der Freundschaft, daß dieser lange Krieg die kulturellen und nationalen Kräfte unsers Volkes schädigt hat, müssen wir nun mehr alle Kraft darauf verwenden und das Unheil tun, um eine neue Zeit der Wiedergeburt herbeizuführen. In der festen Überzeugung, daß wir diesen Frieden abschließen im Interesse unserer breiten demokratischen Massen, und daß dieser Friede beitreten wird zur allgemeinen Beseitigung des großen Krieges, stellen wir hier gern fest, daß die lange und zähe Arbeit, die hier in Brest-Litowsk geleistet wurde, von Erfolg gekrönt ist und wir einen demokratischen und friedlichen Frieden erzielt haben.

Um 1 Uhr 59 Minuten unterzeichnete Staatssekretär von Kühlmann als erster die für Deutschland bestimmte Ausfertigung des Friedensvertrags. Um 2 Uhr 20 Minuten waren sämtliche Unterschriften geleistet. —

Was der Krieg bringt.

Nette Versenkungen.

Nettlich wird gemeldet:

Im Hermelkanal werden von unsrern U-Booten bei starker feindlicher Gegenwehr vier Dampfer und zwei Segler versenkt. Einzig Dampfer waren beladen und bemannet. Die Segler waren die englischen Schoner "Louis Bell" und "Harriet Williams".

Eins der U-Boote geriet am 5. Februar nachts unweit der französischen Küste mit einem feindlichen Kreuzerboot in ein Gesicht, in dessen Verlauf das Motorboot durch die Struktur des U-Bootes mit hoher Wahrscheinlichkeit zerstört wurde.

Nette U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet zum England: fünf Dampfer, sechs Frachtfahrzeuge, darunter der englische Dampfer "Archibald" und ein mittlerer Frachtmotorboot, der direkt unter der englischen Ölförderstation verankert wurde. Die Frachtfahrzeuge wurden im Hermelkanal versenkt. —

Aus Russland.

Sätze.

Das Werk berichtet die "Sowjet", S. 24: "Die heftige Verbesserung hat nach einer Wirkung des finanziellen Druckmittels in Russland bestanden, die bisher aussichtslos wirkungsloses Zepter der Militärautorität Sazonov, Biakow und Grabas in diese einzigen Bezirk mit der Bezeichnung "Sowjet" und dem Titel in Russland eingesetzt. —

Zorn in der Russischen Republik.

Die japanische Zeitung "Asahi Shimbun" meldet, daß die Behörden in der Hauptstadt von japanischen Truppen besetzt sind. Die japanischen Behörden werden von den Engländern entzogen. Japan beschuldigt, seine Macht in Sibirien auszudehnen, da es nicht jeder sei, niemals die Besitzungen der in Ost und West gebildeten ehemaligen Sowjet zu verlieren. Japan will im Fall eines Friedensvertrags mit England den Besitz des Flugs und des Sees über lassen.

Entzweiung der Russischen Republik.

Das russische Staatsdepartement eröffnet dem amerikanischen Gesandten in Stockholm die unbedingte Forderung, daß die Russen die diplomatischen Beamten der USA aus Petersberg abgewiesen hätten, die jetzt auf einem russischen Schiff auf dem Flug nach dem neuen Osten seien.

Entzweiung der Russischen Republik.

Das russische Staatsdepartement eröffnet dem amerikanischen Gesandten in Stockholm die unbedingte Forderung, daß die Russen die diplomatischen Beamten der USA aus Petersberg abgewiesen hätten, die jetzt auf einem russischen Schiff auf dem Flug nach dem neuen Osten seien.

Die Russen haben auf dem Schiff nach dem neuen Osten

Kapitalisten und Politikern Rumäniens enorme Gewinne zuzuführen und dadurch den Kriegswillen des Bündnisses entgegenzutreten.

Der Kriegsensatz und die Schließung des Bosporus und der Dardanellen hatten der Ausfuhr des rumänischen Getreides und des rumänischen Erdöls nach Westeuropa ein Ende gemacht. Als einzige Nation, wohin eine Ausfuhr stattfinden könnte, blieben Rumänien und die Mittelmächte, mit welchen Rumänien durch die Donau und durch Eisenbahnen in Verbindung steht. Da Rumänien für rumänisches Getreide und für rumänisches Benzin kein Bedürfnis hatte, blieben dir Mittelmächte der einzige offene Markt für Rumänien.

Die rumänische Regierung begann die Ausfuhr nach den Mittelmächten zu hindern. Die Ausfuhr wurde unter einer Ordnung spezieller Erlaubniserteilungen gestellt, welche durch den Finanzminister Costinescu gegeben wurden. Nach rumänischer Gewohnheit begann er, zusammen mit andern Ministern, die Erlaubnischeine zu verkaufen und Millionen davon zu verdienen. Deutlich blieben gewaltige Vorräte an Getreide und Benzin übrig. Um die Gewerbetreibenden, Grundbesitzer und Spekulanten, welche das Getreide der Bauern zu niedrigen Preisen aufgekauft hatten, zu bestechen, beigekommen die Verbandsräte, die Benzin- und Getreidevorräte zu kaufen. Sie stellten dabei als Bedingung, daß Rumänien nicht später als am 15. August 1916 in den Krieg eintreten solle.

In einem Geheimtelegramm des russischen Botschafters in London, Bendendorff, vom 18. Juni 1916 wird berichtet, in Einigkeit Edward Grey habe der Sekretär im Auswärtigen Amt Crowe dem Botschafter mitgeteilt, daß Rumänien als Bedingung für seine Teilnahme am Krieg eine Ablösung und den Kauf des Restes der Krone von 1915 gesucht habe, ohne etwas von der Größe des laufenden Jahres zu sagen. Crowe sagte mir, daß diese Bedingungen angenommen werden müßten. Er fragte hingegen, daß nach seiner Meinung jeder Verbündete einen Teil an diesem Kauf haben solle. Acht Tage später stammte Bendendorff seiner Regierung berichten, daß das rumänische Kaiserreich einverstanden ist, Rumänien eine Ablösung von 40 Millionen Pfund Sterling (800 Millionen Mark) zahlbar am Tage seines Eintretens in den Krieg, zu geben, sowie auch den Rest der Krone von 1915 zu kaufen.

So einem seiner Berichte hat der russische Gesandte in London Bofischi am Geheimrat der Ausfuhr von Rumänien für Anteile „ausländischer kapitalistischer Staatsmächte Rumäniens“. Unter anderem wurden jedes Unternehmen an Gilde abgesondert, der zusammen mit dem russischen Minister der rumänischen Russophilen und Anhängern des Krieges war. Statianu, unter dessen Regierungsführung der Eintritt Rumäniens in den Krieg sich vollzog, erhielt einen Brille auf dem zu dem ihm jetzt verlorenen Orden. Seinem Sohn Statianu wurden schwere Gefangen aus dem russischen Kaiserlichen Hofstaat verliehen. Der rumänische Journalist Statianu und Hoinicu gehörten des russischen Ministeriums der inneren Angelegenheiten, die sie nicht unbedingt zu erhalten gewollt hatten, eine Subvention. Dieses wurde ein Freibrief erster Klasse gegeben.

Der Krieg endete mit der Offenbarung des größten Teiles des russischen Gefüls, dem Sinn der ganzen Gemeinschaft, dem Gefühl der Zusammengehörigkeit von Scl-

daten; aber den davon Schuldigen ging es andauernd wohl."

Mit dieser Feststellung schließt die "Sowjetija" ihre Veröffentlichung. —

Deutschlands Kriegsrechnung.

Die bayerische Reichstagskammer debattiert am Sonnabend über die Frage der Kriegsentschädigungen. Anlaß dazu gab der konservative Reichsrat Rittermeister Graf von Preysing, der die Regierung über die Kriegsfinanzlage und deren Folgen interpellierte und Kriegsentschädigungen seitens der Feinde verlangte.

Der Finanzminister v. Breunig gab in seiner Antwort ein übersichtliches Bild über Deutschlands Finanzlage. Er schilderte u. a. aus:

Im Kriegsjahr 1917 zeigte der ordentliche Haushalt des Reiches 4,9 Milliarden Einnahmen und 4,8 Milliarden dauernde Ausgaben, 189 Millionen einmalige Ausgaben im ordentlichen Haushalt und 15 Milliarden außerordentliche Ausgaben. Darin sind die Ausgaben für die Verwaltung des Heeres, der Militärgerichtshof, der Verwaltung der Kaiserlichen Marine und die Ausgaben für die Schiffsbauten und auf dem Gebiet des Luftwaffenhofs nicht enthalten. Doch aber sind im ordentlichen Haushalt die Mittel für die Vergütung der ganzen Reichsschuld und für die Tilgung der aus Anlaß des Krieges entstandenen Reichsschuld vorgesehen.

Der Stand der Reichsschuld am 1. April 1914 war 4,9 Milliarden, am 21. Oktober 1917 74,5 Milliarden. Der Bedarf für Vergütung und Tilgung der Reichsschuld war im Anschlag für 1914 mit 247 Millionen, für 1915 mit 3,56 Milliarden zu erfüllen, er wird sich für 1918 noch um zwei weitere Milliarden erhöhen. Es scheint sich also für 1914 die Ziffer von 247 Millionen und nun die Ziffer von 5½ Milliarden gegenüber zu fordern. Die Einnahmen aus dem letzten Friedenshaushalt dem Reich neu eröffnet oder erweitert: Erhöhung der Tabakabgabe 130 Millionen, Frachtzollabstempelgesetz 65½ Millionen, Gesetz über die Post- und Telegraphengebühren 22½ Millionen, Gesetz über den Wertumsatzstempel 22½ Millionen, Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs 5½ Millionen, plus 127 Millionen, plus 140 Millionen, zusammen 321 Millionen. Hierbei fallen weg: die Reichstempelabgaben mit 23,5 Millionen, so daß an fortdernden Einnahmen 296 Millionen verbleiben, dazu noch dem Abholsteuergefege 49 Millionen. Die einmaligen Abgaben beziffern sich auf rund 5½ Milliarden Mark. Das ist das Ergebnis der ersten Veranlagung der sogenannten Kriegsgewinnsteuer.

Die Kosten der Kriegsführung haben im Jahre 1917 monatlich durchschnittlich 1½ Milliarden Mark betragen. Aber bereits im Februar 1917 sind sie auf durchschnittlich monatliche 2,7 Milliarden Mark angegeben, inzwischen werden sie infolge der allgemeinen Leistung weiter gestiegen sein. So hoch die Kosten auch sind, so werden sie doch noch weitestgehend durch die Kosten für England übertroffen. Diese werden im englischen Haushalt bereits im März 1917 auf täglich durchschnittlich 6 Millionen Pfund Sterling, das sind rund 120 Millionen Mark, also monatlich 3,6 Milliarden Mark, angegeben. Auch die Kosten der übrigen Kriegsteilnehmer auf der Gegenseite sind zweifellos höher als jene Deutschlands und seiner Verbündeten.

Der Minister verteidigte auf die demokratische Behauptung seines Reichsgerichts, z. B. die Durchführung des Kriegsvertrages vom 21. Juni 1915, und erklärte dann weiter:

Außer dem für die eigentliche Kriegsführung erforderlichen Beiträgen werden noch Friedensschluß durch Schuldenaufnahme ferner zu bedenken sein: erstens der Bruch für die Familiensicherungen an die Gemeinden, soweit nicht bereits Abschlagszahlungen aus den bisherigen Kriegsanleihen geleistet sind; zweitens Bruch für die Kriegsschäden im Ostpreußen, Elsaß-Lothringen und für unsern gesamten Mittelstand, der so sehr unter dem Kriege gelitten hat; drittens Kosten für den Wiederaufbau für Heer und Marine. Hierdurch werden sich die Reichsschulden erheblich vermehren. Dazu kommt, daß auch für eine mäßige Tilgung der Reichskriegsschulden wird Sorge getragen werden müssen. Der Betrag im ordentlichen Haushalt wird sich sodann noch wesentlich erhöhen durch die fortwährenden Ausgaben für die Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts und die Verwaltung der Marine, für Schiffsbauten usw. Alle diese Ausgaben werden in der ordentlichen Haushalt übernommen werden müssen. Ferner auch die Renten an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen, die mit jährlich 3 Milliarden gewiß nicht zu hoch angenommen sind. Dennoch wird es, wenn nicht auf anderem Wege Mittel zur Verfügung gestellt werden, notwendig sein, jährlich etwa zehn Milliarden mehr an fortwährenden Einnahmen zu beschaffen, als vor dem Kriege erforderlich war.

Reichsrat Oskar von Miller, der Direktor des Deutschen Museums, erklärte, daß eine Kriegsverlängerung zur Erzielung einer Kriegsentzündigung mehr koste, als diese selbst einbringe. Er sehe die Lage keineswegs düster an, da unsre Kriegsschulden alle im eigner Lande untergebracht seien. Graf Törning, der Schwager des Kronprinzen von Bayern wie des Königs der Belgier, erklärte darauf, daß die Reichsleitung bisher erklärt habe, daß sie auf einer Kriegsentzündung nicht bestehen will. Genso besteht auch kein Zweifel, daß die Feinde einen Frieden mit Kriegsentzündungen verweigern würden. Es müsse darum ein ehrenvoller Friede angestrebt werden, der uns den Gegner wieder näherbringt, und nicht ein Friede, wie ihn die Altdutschen wollen. —

Die Unabhängigen beim Streife.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ kommt in ausführlichen Darlegungen auf die Streifebewegung zurück, stellt ihre Ursachen dar und kritisiert den Formalismus und die harten Maßnahmen der Behörden. Alle diese Darlegungen entsprechen dem, was von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite während des Streikes schon ausgiebig dargelegt worden ist.

Dann aber wendet sich das „Correspondenzblatt“ der Haltung der Unabhängigen zu, welche die Verhandlungsmöglichkeit scheitern ließen, weil sie unter keinen Umständen Vertreter der Generalkommission zu der Aussprache hinzugezogen seien wollten. Neben dieser Haltung der Unabhängigen fällt das Organ der Gewerkschaften das schärfste Urteil; es führt u. a. aus:

Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt muß diese Haltung der Unabhängigen aufs Schärfste zurückgewiesen werden. Ihr liegt das gleiche Prinzip zugrunde, daß die schwer-industriellen Schriftsteller bei Arbeitseinschlüsse zu verfechten pflegen, die zwar mit „ihren“ streikenden Arbeitern verhandeln, die „Einigung“ eines Dritten, der Gewerkschaft nämlich, in „ihre“ Angelegenheiten ablehnen. Die Reichsregierung erkannte die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter als verhandlungsfähig an, weil sie in der Tat eine Vertretung der Arbeiterschaft erlaubte und die Arbeiterinteressen schmäler preisgegeben. Die Folge ihrer Sabotierung der vom Reichstag ermöglichten Verhandlungen ist die sofortige Militarisierung einer Anzahl Großbetriebe mit dem damit zusammenhängenden Verlust wichtiger Arbeiterrechte und die Entziehung zahlreicher Arbeiter zu den Fahnen und die kriminelle Verfolgung einer nicht geringen Zahl von Arbeitern, die sich in den Maschen der Kriegsgesetze verstricken. An Stelle eines geordneten Abbruchs des Streikes, nachdem er den einzigen möglichen Zweck einer Demonstration erreicht hatte, verbannten die Berliner Arbeiter den Unabhängigen eine politische und wirtschaftliche Riedeläge, wie sie schlimmer in Berlin nie zu verzügeln war.

Das „Correspondenzblatt“ stellt noch einmal fest, daß Parteivorstand und Generalkommission sofort bereit waren, sich zu Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Ein ehrenvolles Ergebnis hätte herausgeholt werden können, wenn nicht die Zentrale der Unabhängigen auch in diesen ernsten Tagen die Arbeiterschaftsplitterung über alle andern Ziele gesetzt hätte. Diese Arbeitersplitterung sei Arbeiterversetzung. Das Urteil darüber werde die deutsche Arbeiterklasse mit doller Einmündigkeit fallen. Die beste Antwort sei die Stärkung der Gewerkschaften und die unbdingte Fernhaltung der anarchosindikalistischen Tendenzen, die sich unter der Hölle gegen die Gewerkschaftsführer verborgen. Das sei die wichtigste aus den Berliner Vorgängen zu ziehende Lehre. —

Zurück oder vorwärts?

Seit dem politischen Streit arbeiten die Schriftsteller, denen der Krieg als verloren gilt, wenn er das gleiche Wahlrecht in Preußen bringt, mit verdoppelter Eifer daran, zwischen der Sozialdemokratie auf der einen, den bürgerlichen Parteien und der Regierung auf der andern Seite, eine möglichst tiefe Risse aufzuweisen. Die Mehrheit des 19. Juli soll gesprengt, die Arbeiterschaft isoliert und durch Annahmebehandlung erwidert werden, damit auf diese Weise die Regierung wieder ganz in Abhängigkeit von den reaktionären Erbteilungsparteien gerät. Ob sie diesen Weg zu gehen bereit ist oder ob sie fortsetzen will auf der Bahn zum neuen Deutschland, zur Demokratie und zur Gleichberechtigung aller Bürger, darüber muß die Regierung rücksichtslos klarheit schaffen. Um beiden sofort spätestens beim Wiederaufzutritt des Reichstags.

Die Sozialdemokratie darf nicht daran, als eine

dämmre Magdalena

mit Armändern verhüllt um Verzeihung zu flehen. Erhobenen Hauptes verantwortet sie, was sie gefeiert hat: sie hat

rechtszeitig gewartet; sie hat dann, als man nicht auf sie hört und die Bewegung elementar ausbricht, sofort alles mögliche getan, um sie rasch, reibungslos und ohne nachwirrenden Schaden zu beenden.

Sie flaggt an! Sie sagt die Altdutschen und Rückgratler an, daß sie in engberichtiger Verteidigung ihrer überlebten Klasseninteressen und Sonderwünsche die übermächtige Verhältnisweiterung weiter Arbeiterkreise verhüllt haben. Selbst ein rein bürgerlicher Gelehrter, wie der Berliner Privatdozent Dr. Martin Höchsmann, muß in der „Deutschen Korrespondenz“ erklären, daß die altdutsche Propaganda es dahin gebracht hat, daß im Range unsers größten Bundesgenossen eine Massenaktion gegen die Kriegsverlängernde Wirkung der altdutschen Bewegung stattgefunden hat und daß im Reiche selber der Arbeiter seine Geduld mißbraucht sehe, zu höchst verfehlten, höchst gefährlichen Mitteln gegriffen habe. Solange Regierung und öffentliche Meinung nicht so kräftig von den Altdutschen abrückt, daß niemand ein Zweifel darüber bleibt, daß sie nur auf eigene Rechnung arbeiten, werde die Gefahr solcher Ausbrüche der Ungesetztheit nur wachsen.

Die Sozialdemokratie sagt deshalb auch die Regierung an, daß sie gegen Altdutsche und Wahlrechtsverweigerer zu nachsichtig war und gegen demonstrirende Arbeiter nicht einsichtig genug. Wollen die bürgerlichen Mehrheitsparteien deswegen mit der Sozialdemokratie brechen,

so mögen sie es verantworten.

In gewissen Kreisen der Nationalliberalen und des Zentrums besteht eine Neigung dazu hoffnungslos. Die Nationalliberalen haben bereits erklärt, daß sie über ihr Verhältnis zu den Mehrheitsparteien erneut beraten würden. Jetzt schreibt der Zentrumsabgeordnete Oberlehrer Ruchhoff im „Tag“, es scheine die Politik vorbei zu sein, die es der Sozialdemokratie leicht machen wollte, sich auf die Plattform der Erhaltung und des inneren Ausbaues des Reiches und seiner Sicherung durch einen guten Frieden zu stellen. Selbst noch so viel guter Wille werde diese Politik schwerlich fortführen können. Freilich spricht Ruchhoff auch die Erfahrung aus, daß dadurch

Deutschlands Leben und Zukunft gefährdet werden könnte.

Um der Sozialdemokratie willen braucht das nicht zu sein. Wollen Regierung und bürgerliche Parteien eine Nachpolitik gegen die Arbeiter treiben, so entfällt natürlich jede Möglichkeit sozialdemokratischer Mitwirkung. Sie mögen aber bedenken, was ihnen Prof. Ernst Gräfe in der „Sozialen Krise“ zutraut:

„Es könnte nichts Gefährliches geben, als wenn man nun von der Wahn der Reformen ablenken möchte. Das wäre ungerecht, weil man das ganze Volk strafe für die Verbrechen einzelner, es wäre unflug, weil man damit die Erbitterung der Massen wecken würde, und es wäre verfehlt, weil diese Reformen für Reich und Staat notwendig sind. Rein, jetzt muß es heißen: erst recht freiheitliche Reform! Einem überheblichen Kessel behaftet man nicht vor der Explosion, indem man alle Ventile fester schraubt.“

Werden die um Hertling, Gröber und Wiener diesen Augen Rat hören, so können sie noch immer jenes Zusammensetzen zwischen Arbeiterschaft und andern Gesellschaftsklassen suchen, auf dem bisher Deutschlands zielgerichtete Widerstandskraft beruhte. Geben sie aber den Schriftstellern nach, so beschwören sie unabsehbare Folgen heraus. —

Brot und Spiele.

Ein bürgerliches Blatt bringt folgende, für die Kriegsgefeiten sehr bezeichnende Strophen:

Als Nero auf dem Throne saß,
Führte er Rom's Volk leicht an der Nase;
Er brauchte nicht der Rüste viel.
Er kannte mit Brot und Brotspiel.

Bei uns jedoch herrscht Demos jetzt:
Politisch Scheingeicht ergeht
Vierzig Millionen, gut gezählt,
Als Zitruslust. Das Brot nur fehlt!

Sie hört ein unterirdisch Dröhnen —
Bald wird es grell zum Himmel tönen —
Siebert uns Brot in unsre Schränke!
Wir sorgen selbst für Zitruswandel!

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich um ein englisches Blatt handelt, nämlich um „Financial News“ vom 29. Januar. Die Worte zeigen, daß auch England Nahrungsmittelnot hat und daß man dort durch „Zitruswandel“ die Aufmerksamkeit von der täglichen Sorge ablenken will. —

Mordet zu Hause!

Die Pariserin wird zurzeit stark umjubelt. Das kommt daher, daß Paris ständig von Urlaubern der verschiedensten Nationalitäten wimmelt, die alle nach einem Pariser Erlebnis dürften. Daß dieser Überfluss der Gefühle aber auch seine unangenehmen Seiten hat, zeigt folgende Erzählung aus dem Pariser „Journal“:

„Ein belgischer Urlauber hat seine Geliebte vor einen Zug der Untergrundbahn auf das Gleis gestoßen. Die Verkäuferin ist gestorben, beerdigt worden. Unser Bundesgenosse führte zu seiner Entlastung an: „Sie bringt mich mit einem andern. Da habe ich sie kurzerhand umgebracht. Man hat mir gesagt, daß man das in Paris immer so macht und jedesmal freigesprochen wird.“

Stark zufrieden war es ein italienischer Urlauber gewesen, der seine kleine Freunde, um sie auf den richtigen Weg zu bringen, ins Jenseits beförderte. Von den französischen Urlaubern, die ihre Frauen und Mätressen mit einer Leichtigkeit „abmurrten“, die wohl erst mal nach Entschuldigung nicht wollen mit ganz abschließen. Sie sind Franzosen und berufen zu Hause. Können sie meinmöglichen wahrnehmen, was ihnen das Gericht so oft schon als ihr gutes Recht angesehen hat. Aber wir verehrten Bundesgenossen sollten doch gütigst erst mal den Sieg erwarten, um dann ungefähr bei sich zu Hause werden zu können.“

Notizen.

Der deutsche Friede. In Homburg v. d. H. fand am Sonntag anlässlich des Friedens mit der Ukraine eine Feier statt, bei welcher der Kaiser auf eine Ansprache des Bürgermeisters n. a. antwortete: „Der Feind, der von unseren Herren geschlagen, erkennt, daß es nicht mehr nötigt, zu fechten, und der uns die Hand entgegenhält, der er hält auch unsere Hand. Wir schlagen ein. Wer der, welcher den Frieden nicht annehmen will, sondern im Gegenteil, seines eigenen und unsers Volkes Blut vergiebt, den Frieden nicht haben will, der muß dazu gezwungen werden. Das ist jetzt ihre Aufgabe, da wir müssen jetzt alle wirken, Männer und Frauen. Mit den Nachbarvölkern wollen wir in Freundschaft leben, aber vorher muß der Sieg der deutschen Waffen anerkannt werden. Unsre Truppen werden ihn weiter unter unserm großen Hindenburg ersehnen. Dann wird der Friede kommen. Ein Friede, wie er notwendig ist, für eine starke Zukunft des Deutschen Reichs und der den Gang der Weltgeschichte beeinflussen wird. Dazu müssen uns die gewaltigen Mächte des Himmels beistehen, dazu muss ein jeder von euch, vom Schulkind bis zum Greise hinauf, immer nur dem einen Gedanken leben: Sieg und ein deutscher Friede.“ *

Noch keine Steuervorlagen. Amtlich wird mitgeteilt: Neue Steuervorlagen wurden im Bundesrat noch nicht verhandelt, was auch nicht geschehen konnte, weil sie ihm noch gar nicht zugegangen waren. Vielmehr ist die Vorlegung der neuen Steuergesetze beim Bundesrat erst für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Dementsprechend werden auch dem Reichstag die neuen Vorlagen noch nicht mit dem neuen Etat, sondern erst kurz vor der Öffensitz zugehen können. — *

Milderung des verschärften Belagerungsstatus. Wolffs Bureau meldet aus Berlin: Die aus Anlaß des Streits ergangenen einschränkenden Bestimmungen auf dem Gebiete des Versammlungsrechts sind wieder aufgehoben worden. Betriebsversammlungen sind demgemäß bis auf weiteres nicht mehr angepeißt. Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, können wieder zugelassen werden. — *

Eine interktionelle Besprechung der Führer der Mehrheitsparteien des Reichstags hat sich am Sonnabend mit unsrer auswärtigen Politik beschäftigt. Einzelheiten über die Sitzung und über ihr Resultat sind nicht bekannt geworden. Sehr bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß die Nationalliberalen auch an dieser Sitzung nicht teilgenommen haben. Anscheinend hat sich die Fraktion über die weitere Teilnahme an den interktionellen Besprechungen noch nicht entschieden. — *

Rücktritt des Kriegstreiber Bratianu. Ein Privatelegramm der „Nordde. Allg. Zeit.“ aus Bukarest meldet: Nach Meldung hierherer Blätter hat das Kabinett Bratianu demissioniert. Auch eine Neuermeidung bezeichnet den Rücktritt des Ministeriums als vollzogen. — *

Deutsche Briefkette in Paris. Wir lesen in der „Niederschlesischen Zeitung“: Ein Landwirktmann aus einer Ortschaft des Glogauer Kreises, der sich in französischer Gefangenshaft befindet, teilt seinen Angehörigen mit, daß es ihm soweit gut gehe und daß er gegenwärtig bei einer französischen Speditionsteile Hilfsarbeit verrichtet. Er bemerkte in seinem Briefe, es habe ihm eine sehr große Freude bereitet, als er beim Abladen von Briefen wahrsah, daß sie aus einem Ort der Grenze Schlesiens, nämlich aus einer Senftenberger Fabrik, stammen. Auf welchem Umwege mögen die Briefe, an denen wir selbst Mangel leiden, nach Frankreich gekommen sein? — *

Der ehemalige Sultan Abd al Hamid ist am Sonntag zu Begräbnisfeier gefordert. — *

Erfundengsfämpfe.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 10. Februar 1918. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In einzelnen Stellen der Front Artillerie, I m p f. In Erfundengsfechten wurden nahe an der Küste Belgier und Franzosen, nordöstlich von Ypres sowie zwischen Cambrai und St. Quentin Engländer gesungen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Im Maas-Gebiet, beiderseits der Mosel was in einzelnen Abschnitten nordöstlich und östlich von Rauch erhöhte Tätigkeit des Feindes. Französische Erfundengsfabrikationen drangen in unsre Linien bei Altenahr ein; in der Gegend westlich von Viamont wurden sie vor unsrer Hindernissen abgewichen.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 11. Februar 1918. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Erfundengsfälle der Engländer an diesen Stellen der Front in Flandern und im Arras führen namentlich bei Warrenton und östlich von Armentières zu heftigen Kämpfen. Wir machen dabei Gefangene.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In der lothringischen Front und in den mittleren Lagen leiste die Geschäftstätigkeit am Nachmittag auf.

Eigne Erfundengen südlich von Emberton, bei Sezanne und am Buchenkopf brachten uns Gefangene ein.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden lebhaftes Artilleriekampf.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

* * *

Depeschen.

Der neue rumänische Ministerpräsident.

W. T. B. Jassy, 10. Februar. (Amtlich) Der König hat General Verescu mit der Kabinettsbildung beauftragt. —

Absgabe von Grubelots.

Auf die Marke 3 für Monat Februar kommt 1½ Rentner, auf die Marke 4 für Monat Februar und 1 und 2 für Monat März der grünen Grubelotskarte, kann je ½ Rentner, also zusammen 1½ Rentner Grubelots abgegeben werden. Die Marken 3 und 4 für Monat Januar und 1 und 2 für Monat Februar treten mit dem 15. Februar in Kraft.

Magdeburg den 9. Februar.

Der Magistrat.

Borteilhaftes Angebot in Pelzwaren!

Jetzt empfehle mein

331

• erfüllendiges, großes Lager •
hierzu zu ganz besonders billigen Preisen, u. a.
Alaskafuchs Mf. 88.75
und höher
Blaufuchs Mf. 125.00
und höher
Nerzmurmel Mf. 45.00
und höher
Ranin Mf. 28.00
und höher
Stunks, Iltis, Rerz, Marder
in reiner Reinheit zu bekannt soliden Preisen.
— Belebung einer Kaufkraft erbeten. —

R. Sternau,
32/33 Alter Markt 32/33,
Spezial-Etagengeschäft.

Stephanhalle
Buchholz Reich. Freiherr

Samstag ab 7 Uhr
Sonntag ab 5 Uhr zugetragen.

Ebenrecks
Römer Volkshalle

ZENTRALE
THEATER
Aufführung mit
beispiellosen Erfolgen

**Der Soldat
der Marie**
Eine Schlager-Operette
einspielfähig in Berlin
ab 500. Auführung.

Circus Acory-Athoff

Montag Abend, 12. Februar, zweites 1/2 Uhr
Der erste Februar-Spieltag!

8½. Große Ehren-Mischkämpfe

Die — um die Meisterschaft von Deutschland 1913.

— 3 spannende Kämpfe 2.

Mittwoch Mittwoch, 13. Februar, 2 Vorstellungen 2

Nachmittag 3½ Uhr
die Wiederholung.

Vorher das neue
Fechten-Programm.

Verkaufsstelle wie bekennt.

Gest.
spiel

332

Ab heute bis einschließlich Donnerstag

Lotte Neumann

in

Hinter verschlossenen Türen

große Szene in 4 Akten

—

Liebesduell

die letzte Szene

333

jetzt

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 36.

Magdeburg, Dienstag den 12. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 11. Februar 1918.

Forderungen an Regierung und Reichstag.

In hellen Sälen strömten am Sonntag vormittag Männer und Frauen in den Saal, wo in einer öffentlichen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Landsberg über das obige Thema sprechen sollte. Lange vor Beginn der Versammlung waren sämtliche Plätze, auch die der Galerie, besetzt, so daß die noch immer zuströmenden Massen die breiten Eingänge zum Innenraum und die Treppen besetzten. Viele aber fanden überhaupt keinen Platz und mußten umstehen. Die Versammlung gestaltete sich zu einer mächtigen Demonstration für die Friedenspolitik der Sozialdemokratie.

Genosse Baer eröffnete die Versammlung mit dem kurzen Hinweis auf die Notwendigkeit, dem Volke Gelegenheit zu geben, ihre Forderungen in der Öffentlichkeit zu erheben.

Genosse Landsberg

erinnerte an den in Brest-Litowit abgeschlossenen Frieden der Mittelmüte mit der Ukraine. Zum ersten Male hören wir das Wort Friede. Wöge sein holdes Klange endlich den Frieden auf der ganzen Welt auslösen. Redner schilderte sodann unter welchen Umständen Maček und Herrling Kanzler wurden. Ein für Deutschland ganz neues Ereignis war es, daß Herrling nicht ohne weiteres der Verfassung durch den Kaiser folgte, sondern erst mit den Führern der Parteien sich ins Benehmen setzte. Herrling vertrat die Beleidigung der Wahlrechtsreform, die Beleidigung der Beniur und des § 153 der Gewerbeordnung, Errichtung von Arbeitskommissionen und die Beleidigung der auswärtigen Politik im Sinne der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli v. J. Er erklärte bekannt den Krieg ohne Entschädigungen und Erbrotungen zu Ende zu führen. Gerade diese Abjage an die Annexionisten hat dazu beigetragen, ihm die Zustimmung der Mehrheitsparteien zu sichern.

Herrling wollte also den Frieden herbeiführen. Es ist die höchste Zeit, daß er kommt. Bei noch längerer Dauer des Krieges in unsrer gefallene Kultur auf das schwere bedroht Laster aller Art machen sich bemerkbar. Die niedrigste Gewinnsucht fördert Orgien. Früher nannte man den Krieg ein göttliches Erziehungsmittel. Wer das heute noch sagt, der hat entweder keinen Verstand oder kein Herz. Die große Frage ist nun: Wie können wir aus diesem Kriege zum Frieden kommen. Die Deutschen und ihre Bundesgenossen haben eine Reihe von gewaltigen Siegen erfochten und große Gebiete sindlichen Landes belegt. Die Völker aber, die in diesen Schlachten unterlegen sind, zeigen sich durchaus nicht zum Frieden geneigt. In Italien hat nach dem Durchbruch am Isonzo auch die Sozialdemokratie, die vorher den Krieg mit allen Mitteln bekämpfte, sich zur Landesverteidigung bekannt. Also trog ihrer Niederlage gegen die Völker der Entente nicht zum Frieden bereit. Sie stützen ihre Hoffnung auf England und Amerika, auf ihre zahlreichen Überlegenheit. Sie haben dazu ihren Grund. Auf Seiten der Mittelmächte sind 147,8 Millionen Einwohner vorhanden, auf Seiten der Entente jedoch 1329 Millionen. Daraus darf man nicht vergessen, daß den Amerikanern alle Materialien im unbeschränkten Maße zur Verfügung stehen. Es gibt viele, die glauben, die Unterseeboote werden alles besiegen. Ludendorff hat aber einem Vertreter der Wiener "Freien Presse" erklärt, daß achtzig nachgewiesen werden könnte, daß die Oberste Heeresleitung nie daran gedacht hat, England oder Amerika mit U-Booten niederringen zu können. (Leopold: Hört, hört!)

Es bleibt dann nur eins übrig: Verständigung! Ein Verständigungsfriede ist nur möglich, wenn verzichteter wird auf Annexionen und Entschädigungen. Nur ein solcher Friede könnte einen dauernden sein. Was würde Deutschland erreichen, wenn es die von den Alliierten gewünschten Annexionen wirklich ausführen? Sicher nur, daß die uns gegenüberstehende Koalition nur noch seiter zusammengezogen wird. Und der Menschheit drohten auch für die Zukunft solche gräßliche Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben müssen. Die Sozialdemokratie aber wollen die kommenden Generationen vor solchen Katastrophen schützen, damit sie nicht um ihr Leben glück befreien werden, wie wir darum betrogen sind.

Redner beschäftigt sich dann mit der Kriegsagitation der Altdorfischen schen vor dem Kriege, mit Ausführungen ihrer Führer über die Art, wie man nach ihrer Meinung Kriegsbewegungen mit militärischen Mitteln begegnen soll. Er ging dann ein auf die Zusammenhänge zwischen der altdorfischen Politik und ihren reaktionären imperialistischen Bemühungen. Dabei übte er scharfe Kritik an der Bevölkerungspolitik der Gegner eines freien Rechts in der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses. Er kam dann auf die Stellung des Reichs zu sprechen, die durch ein derartig freiheitseindliches Verhalten der selben Politiker, die den sogenannten Frieden anstreben, ausgelöst wird. Einem Ausdruck stand diese Stellung in den Auslandswirkungen. Die Sozialdemokratie hat mit der Einleitung des Streites nichts zu tun gehabt, sie konnte aber die freitenden Arbeiter nicht schützen lassen, als der Streit zur Tat gebracht wurde. Sie haben in 3½ Jahren Kriegszeit ihre eigenen Interessen hinter die des Vaterlandes zurückgestellt, was das im selben Maße getan hat wie sie, welche den ersten Stein auf sie. Nichts habe den Streitenden jenseit gelegen, als die Landesverteidigung zu fordern. Der Streit war ein elementares Ereignis, das zog sich in den Tag, das sich nach fruchtbaren Erfahrungen und auch Wirtschaftserfolgen daran beteiligt haben, trotzdem deren Leistungen eine Befriedigung verurteilt haben. Die Sozialdemokratie sah diesen Streit kommen. Als er ausbrach, vertrug sie ihn in ruhige Bahnen zu leiten. Das war ihre Pflicht. Es durfte kein regelloses Durcheinander entstehen. Dabei hat die Arbeitsschaft ihren Willen zur Einigkeit glänzend befunden. Einigkeit der arbeitenden Klassen ist notwendig, soll in Deutschland die Freiheit errungen werden. Freiheit ist notwendig für die Zukunft des deutschen Volkes. (Sturm. Beif.)

Genosse Baer teilt mit, daß eine Diskussion nicht erlaubt sei. (Lauter Proteste.) Er fordert auf, der Zustimmung zu den Worten des Referenten auf die Tat folgen zu lassen, die Friedensbewegung der Sozialdemokratie und ihren Kampf um Demokratie zu unterstützen durch den Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein. Diese Aufforderung hatte guten Erfolg: es erklärten 50 ihren Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein. —

— Eine Stiftung für Blinde. Zum Zwecke der Schaffung eines Blindenheims hat Frau Gehörnt Poischl-Löwe hier der Stadt Magdeburg ein Kapital von 100 000 Mark gespendet. Die Einkünfte der Stiftung dienen zunächst für Kriegsblinde, in zweiter Linie für junge Blinde in dieser Linie für Sieche vermautete werden. Die Kriegsblinden müssen vor Antritt des Krieges mindestens 1 Jahr in Magdeburg wohnhaft gewesen sein, während bei jüngeren Blinden und Sehenden die Aufnahme von einem vorherigen Aufenthalts in Magdeburg als angezeigt gilt. Ausnahmeweise kann in einzelnen Fällen von der Empfehlung dieser Kommission abgesehen werden. Die zur Errichtung des Blindenheims sollen die Kosten zum Kapital geplätzt werden. Für den Fall, daß die Errichtung nicht binnen 10 Jahren nach Beendigung des Weltkriegs vollendet ist, behält sich die Spenderin die endwertige zweckbestimmung für das der Stadt Magdeburg gekürte Kapital vor. —

Die 3. Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag den 14. Februar, nachmittags 4½ Uhr, im Altstädtischen Rathaus statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung weist nur sechs Verhandlungsgegenstände auf. Darunter sind zu nennen: die Haushaltspolizei des Klosters St. Augustin und den damit verbündeten Stiftungen; Annahme einer Stiftung für Kriegsblinde in Höhe von 100 000 Mark; Verlängerung der Gültigkeit des Ortsstaatsvertrages gegen die Verurteilung der Straßen und Plätze vom 6. Mai 1909; Verlängerung der Geltung der Baugeschäftsrenordnung vom 17. Juni 1913 um weitere 5 Jahre bis zum 1. April 1923 und der Bericht des Ausschusses für die Vorlage betreffend Neuregelung der Müllabfuhr. —

** Hilfe für arbeitende Mütter. Der Magistrat schreibt uns: Der Hinweis vor einigen Monaten, Frauen und Mädchen, die über freie Zeit verfügen, möchten sich zur Versorgung stellen, um in Familien Hilfe zu leisten, wo die Mutter infolge Krankheit bettlägerig ist und ihre Kinder nicht versorgen kann, oder wo Mütter, die auf Arbeit gehen gewünscht sind, ihre Kinder früh aus dem Schlaf zu reißen, um auf Arbeit gehen zu können, ist von gutem Erfolg begleitet gewesen. Es sind aber noch viele Kräfte notwendig, wenn wirklich allgemein Hilfe geleistet werden soll. Frau Sanitätsrat Dr. Rothenburg, Fürst-Leopold-Straße 7, die im Auftrag des Wohlfahrtsamts diese Arbeit übernommen hat, bittet wiederholt um Weisungen hilfsbereiter Damen und Mädchen. Bemerkt wird jedoch, daß es sich nur um eine ehrenamtliche Hilfeleistung handeln kann. —

Verhandlungen über einen paritätischen Mietvertrag. Am Montag, 11. Februar, nachmittags 4½ Uhr, beginnen in dem Stadtverordneten-Sitzungs-Zimmer des Altstädtischen Rathauses die Verhandlungen zwischen Vertretern der Hausbesitzer einerseits und der Mieter andererseits, welche auf Ausgleichung der zurzeit bestehenden Spannung und Schaffung eines beiden Teilen geeigneten Normal-Mietvertrags abzielen. Die Verhandlungen werden öffentlich geführt, so daß die Bevölkerung über den Gang der Sache durch die Presse ständig unterrichtet werden kann. —

— Kriegsgesellschaft für wilde Früchte. Das Sammeln von Wildfrüchten, das bisher in überwiegendem Maße dem Eifer des Schuljungen überlassen war, soll nun amtlich in großem Maßstab durch eine große Kriegsgesellschaft in die Wege geleitet werden. Alles, was wild auf Feld und Flur, im Walde oder im Moor wächst und der Ernährung der heimischen Industrie dienlich sein kann, soll im Wege einer Organisation geerntet und an bestimmte Sammelstellen abgeliefert werden: Pilze, Beeren, Gewürzen, Kräuter, usw. Die Organisation ist etwa wie die Obstsortierung gedacht. Hauptsächlich zielt sie nicht das gleiche Resultat: daß nun die Wildfrüchte und -pflanzen ebenso verschwinden wie das Obst. Die Nachricht hat in vielen Kreisen die Befürchtung erweckt, daß nun das Sammeln von Beeren und Pilzen in den Wäldern verboten werden dürfte. Die Wildfruchtgenossenschaft teilt hierzu mit: Es liegt kein Grund zu irgendeiner Beunruhigung nach der Richtung vor, daß etwa von nun an das Sammeln von Kräutern, Beeren usw. von Privatpersonen zum persönlichen Gebrauch verboten werden soll. Darauf wird vorläufig nicht gedacht. Die Organisation ist vielmehr so gedacht, daß in ganz Deutschland in den einzelnen Bezirken Sammellestellen eingerichtet werden. Diese sind bezahlt über freiwillige Sammler, die natürlich über den Gebrauchswert der einzukommenden Früchte und Pflanzen unterrichtet sind. Die auf diese Weise eingebrachte Ernte wird in der Hauptstube je nach ihrer Verwendungsfähigkeit den Karmeliten, Tee-, Tabakfabriken usw. die in der Nähe der jeweiligen Hauptsammelestellen liegen, zur Verarbeitung übergeben, und die fertigen Fabrikate werden dann nach Maßgabe des Bedarfsmessers in ganz Deutschland verteilt. Die Tätigkeit der Wildfruchtgenossenschaft m. d. h. wird schon im Frühjahr im vollen Umfang einzehen. —

— Billige Volkstage in der Siegeranstaltung, Fürstenhof. Da die Einrichtung der billigen Volkstage so überaus großen Anstalg gefunden hat sich die Ausstellungserleitung entschlossen, die ermäßigten Eintrittspreise von 50 bzw. 25 Pfennig bis zum Schlusse der Veranstaltung — 24. Februar — gelten zu lassen. —

— Sacharinschiebungen. Beamte des Kriegswirtschaftsministeriums die Kaufmannschaft Frau Bischoff aus Magdeburg, Kaiser-Friedrich-Straße 22a, ab, als sie Sacharin, das aus dem Schleichhandel kam, in Berlin verkaufen wollte. 77 Pfund konnten der tüchtigen Geschäftsfrau beschlagahnhnt werden. —

— Großer Diebstahl. In der Nacht zum 9. d. M. ist in einem Laden am Breiten Weg ein schwerer Diebstahl ausgeführt. Gestohlen wurden Wäsche usw. im Wert von etwa 15 200 Mk., darunter: Ober-, Damen- und Kinderhemden, Damen- und Kinderkleider, bunte Kindersöckel, Unterhosen, Unterwäsche und -söckchen, Taschentücher, Damen- und Herrenhandschuhe, Krawatten für Herren und Damen, Strickästchen, weiße Socken, Taschentücher, Kräuter, Taschentücher, Rollen seiden Band, Hosigarn, Schärpen, Schwestern, Taschentücher, gelupftes Kull, weißer Satin, Leinen, Hemdentuch, Halstücher, Hausschärpen, Hosentägler, Taschentuchspüle, Nadeln und vieles andre. —

— Beträgerereien. Der Schmied Wilhelm Kretschmar aus Schwerin hat im Sommer 1917 ein Betreuerverhältnis mit einer Frau A. zu Magdeburg und schwändete ihr in 4 Fällen unter Vorwürfung falscher Tatsachen zusammen 1165 Mark ab. Bei einer Schenkuntur machte er am 20. November eine Summe von 160 Mark ohne Zahlung zu leisten. Am 7. Dezember erschwendete er sich von einem Juwelier 4 Ringe zu 600 Mark. Am 28. November ließ er sich von einem Oberbaudirektor 300 Mark von einem Hauseigentümer 270 Mark angestellt zur Verhaftung eines Schweines. Es wurde von der Strafkammer des Landgerichts wegen Strafvertrags in acht Fällen zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. —

— Unterforschung oder Diebstahl? Für die häufig auftretende Frage der Unterscheidung zwischen Diebstahl und Unterforschung ist es von Besonderlichkeit, ob die entwendete Sache sich zur Zeit der Tat im Gewahrsam des Eigentümers noch befand. Das dieser Gewahrsam auch trotz einer aufdringend erfolgten äußerlichen Durchsuchung noch gewahrt bleibt kann, geht aus folgender Entscheidung des Reichsgerichts hervor: Gelegentlich eines Auftrags in Magdeburg war das Dasein eines Kupfergeschäfts zentralisiert worden und verschiedene Hände aus demselben über die Straße geflossen. Eine Frau eignete sich zwei dieser Hände an und war deshalb von der Strafkammer in Magdeburg wegen Diebstahls und andern hier nicht unterscheidbaren Verbrechen zu nem Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte sie Revision ein, mit der Behauptung, daß nicht Diebstahl, sondern lediglich Unterforschung der Hände in Frage kommen sollte. Das Reichsgericht war aber mit der Strafkammer der Ansicht, daß die Hände durch das Falten auf die Straße nicht aus dem Gewahrsam des Eigentümers entzogen werden seien, da diese jederzeit in der Lage gewesen, den Gewahrsam an diesen Händen anzutun, und verwies aus diesem Grunde die Revision als unbegründet. —

— Aufgefundene Leiche. Am 6. d. M. in der Heintzelsberg die Leiche einer unbekannten Frauensperson aufgefunden worden, die mit dem leeren Hochmesser dort angetrieben ist und vermutlich schon über 12 Tage gelegen hat, da sie im Salamm vollständig eingefahren war. Die Verordnung ist etwa 0 Jahre alt, 170 Meter groß, das Gesicht ist sehr vollständig. Bekleidet war sie mit einem leichten untermalten Gewand, mehrigen rot neuen Lederschuhen mit ganz hohen Absätzen. Sie trug rote Gummiringschuhe mit Schnallen. —

— Sechs Ochsen gestohlen. Nach einer Mitteilung aus Bielefeld sind dort in der Nacht zum 10. d. M. sechs Ochsen gestohlen worden. Die Spur der Tiere ist bis zur Leipziger Straße in Höhe des Lindenholz zu leben gewesen. Anscheinend ist ein Fuhrwerk dabei gewesen. Auf Ermittlung der Tiere ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt. —

— Gestohlen wurden am 8. d. M. abends aus dem Warzelzimmer eines Arztes ein schwarzer Schusterpelztragen mit hellem Gitter; in der Nacht zum 9. aus einem Zimmer in der Steinstraße ein weißer Deckbettbezug, ein weißes Bettuch, eine blonde Sofadecke, eine blonde Tischdecke und ein mittelgroßer Steulerator; aus einem Keller in der Heinestraße etwa 20 Flaschen Bild; aus einem Stall in der Rogäther Straße zwei Ziegen (mit diesen wurde ein unbekannter Mann von einem Schuhmann in der kleinen Steinstraße angeschlagen), der unter Zwischenlassung der Tiere die Flucht ergriff; aus einem Stall in der Großen Diesdorfer Straße acht Hühner und drei Enten; aus einer Gartenparzelle an der Braunschweiger Straße vier Hühner und fünf weiße Küken; in der Nacht zum 10. aus Ställen in der Halberstädter und Königsborner Straße 22 Hühner, ein Hahn, ein Hamster und fünf Enten; aus einem Laden in der Heinestraße eine größere Anzahl Bulet und Fleischmarken. —

— Verhaftet wurden ein Dreher von hier, der am 9. d. M. in früher Morgenstunde einem Insassen in der Lutherstraße aus den Türen 1 Briefmarke mit 200 Mark Uhr mit Kette und 1 Zigarettenuhr gestohlen hat (bis auf 25 Mark ist alles wieder herbeigeholt); die wohnungslose angebliche Kellnerin Hildegard Werner aus Chemnitz, die in der Nacht zum 8. d. M. aus einer Wohnung in der Königstraße, in der sie sich unter dem Namen Gatz eingemietet hatte, 1 Pelztragen und 1 Pelzkappe gestohlen hat; ein Arbeiter von hier, der dringend verachtet ist, mit zwei in Groß-Ditzenbach festgenommenen Männern auswärts Diebstähle an lebenden Tieren ausgeführt zu haben. In seiner Wohnung wurden 1 Gans, 1 Ente und Geflügelstücke vorgetragen. —

— Feuer in einer Lackfabrik. Am Montag morgen gegen 6½ Uhr geriet in der Lackfabrik Dörsdorfer Straße 5a infolge Explosions des Inhalts eines Lackfasses die Lacköfen und das Dach in Brand. Beim Eintreffen der vom Feuerwehrwart der Raum in einer ganzen Ausdehnung, so daß zur Löschung des Feuers die Bormahne zweier Schlauchlinien erforderlich wurde. —

Theater, Konzerte &c.

Besprechungen.

Die Konzerttätigkeit der vergangenen Woche war weniger ergiebig. Hans Weizig veranstaltete einen Chopin-Abend, dessen zum großen Teile von ihm besetztes Programm einige freundliche Erinnerungen weckten. Daselbe tat die gereiste Technik des Künstlers, die von seinem Publikum mit dankbarer Geste anerkannt wurde. Die verbindliche Art seines Vortrags fand bei Chopin doppelte Gelegenheit ihrer Verstärkung. — Dem Berliner typischen Publikum glaubte sich ancheinend Hans Mühlhäuser gegenüber, als er an einem Gelegenheits-Vortragsabend am Donnerstag ein Programm rezitierte, das mit ganz geringen Ausnahmen nur aus Kleinigkeiten und Verläufsstücken zusammengestellt war. Selbst seine Vortragskunst vermögte den zweiten Garantur jenes Stoffes nicht besonders anzuheben, zumal das Allbekannte doch immer die Wirkung des gleichwertigen Neuen haben kann. —

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Dienstag, Ließland, Donnerstag, Die verlaufte Braut, Freitag 5½ Uhr, Die Walküre, Sonnabend 6 Uhr Abendspiel Ernst von Borsig, Räuber der Weise, Sonntag, Hoffmanns Erzählungen.

Stadt. Orchester. Mittwoch, 16. Februar, abends 6½ Uhr, Konzert III B. i. Stadttheater. Leipzig: St. R. St. M. Dr. Karl. Solist: Kam. Sigr. Dr. Vogelstrom (Ten.), Dresden. Dir. Opt. vom. 11 Uhr. Sinf. 2. Beethoven II. II. R. Wagner.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Tarifverhandlungen im Materiellgewerbe. Am 7. und 8. Februar 1918 haben im Reichswirtschaftsamt unter Leitung des Geh. Oberregierungsrats Eisfarb Verhandlungen zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeber-Gebäude im Materiellgewerbe und dem Bunde deutscher Deavorationsmaler einerseits und dem Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher und Weissbinder Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands und dem Gewerkeverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands (Hirch-Duder) andererseits stattgefunden. Die Verhandlungen haben zu einer vollen Verständigung geführt, die allerdings noch der Genehmigung der zuständigen Betriebsräte bedarf. Nach der getroffenen Vereinbarung werden der Reichsstaatsvertrag für das Materiellgewerbe und die übrigen Abkommen zwischen den genannten Gebäuden und verändert bis zum 15. Februar 1919 verlängert. Die Gehälte erhalten vom 15. März 1918 an eine neue (dritte) Leistungszulage, die in Städten von mehr als 100 000 Einwohnern 15 Pf. im übrigen 10 Pf. für die Arbeitsstunden verträgt. Auf diese Zulage werden die seit dem 1. Oktober 1917 vereinbarten Sozialzulagen angerechnet. Am 1. Juni 1918 tritt eine weitere allgemeine Erhöhung der Leistungszulagen um 5 Pf. ein.

Kleine Chronik.

Gefälschte Brotmarken.

Fälschungen von Brotkarten und der Vertrieb der Fälschungen brachten die Brotversorgung Berlins geradezu in Gefahr. Viele Bäckereien, namentlich im Norden der Stadt, wurden mit falschen Marken förmlich überchwemmt. Die Polizei hat die Fälscherbande nach und nach enttarnt und jetzt völlig hinter Schloß und Riegel gebracht. In Halt genommen sind insgesamt 19 Personen. Bei den Ermittlungen fiel es auf, daß gefälschte Brotkarten namentlich in den Schankwirtschaften auftraten, in denen ein vorbestrafter und aus Berlin ausgewiesener Bürglar Georg Hahn mit seinem zahlreichen Anhang zu verfehlten pflegte. Beobachtungen ergaben, daß Hahn in dakterner Verbindung stand mit einem Installateur Richard Löwe, einem Chefagenten Nowodnik, einem ebenfalls ausgewiesenen beschäftigungslosen Willi Winkel, einem Händler Kappe und anderen mehr. Bemerkenswert in dieser Gesellschaft war besonders Nowodnik. Er war früher schon einmal bei der Herstellung von falschen Brotkarten überrascht, aber außer Verfolgung geblieben, weil er über den Versuch nicht hinausgekommen war. Der erste bestimmt Erfolg der weiteren Nachforschungen war die Feststellung, daß Löwe für alle Fälschungen die Kästchen lieferte. Er hatte dafür in kurzer Zeit 10- bis 12 000 Mark erhalten. Die Bäckereifabrik befindet sich in Bielefeld. Nowodnik, der sich nach seiner Vergangenheit in Berlin nicht sicher fühlen konnte, hielt in Bielefeld eine leere Wohnung gemietet und dort die erforderlichen Maschinen eingestellt. Dann fuhr er mit Winkel und dessen Anhang hin und brachte Brotkarten für 6 Wochen für die dritte Woche des laufenden Jahres allein 46 000 Stück. Erst kurz vor seiner Verhaftung war Nowodnik wieder in Bielefeld gewesen, um den Druck für weitere sechs Wochen vorzubereiten. —

